

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU***Ausbildungs- und Beschäftigungschancen für Jugendliche verbessern***

Arbeitslosigkeit führt gerade bei jungen Menschen zu einem Verlust an Perspektive, Motivation und Selbstvertrauen und ist mit hohen sozialen und finanziellen Kosten für die Gesellschaft verbunden. Deshalb muss der Zugang zu Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für junge Menschen oberste Priorität haben. Ein erfolgreicher Start ins Berufsleben ist nicht nur entscheidend für die persönliche Zufriedenheit und materielle Sicherheit junger Menschen, sondern angesichts der demographischen Entwicklung auch wesentlich für die Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft.

Ende März 2005 waren im Land Bremen 6.319 Jugendliche im Alter bis zu 25 Jahren arbeitslos, davon bezogen 4.600 Arbeitslosengeld. Derzeit sind 46,8 Prozent dieser Jugendlichen drei Monate und länger arbeitslos. Bis zum Jahresende muss erreicht werden, dass kein Jugendlicher unter 25 Jahren länger als drei Monate ohne Arbeit oder Ausbildung bleibt.

Durch die Hartz-IV-Reform sind die Voraussetzungen geschaffen worden, die Betreuung und Vermittlung arbeitsloser Jugendlicher wesentlich zu verbessern. Das Gesetz sieht vor, hilfebedürftigen Jugendlichen unverzüglich Ausbildung, Arbeit oder Arbeitsgelegenheit anzubieten. Die Vermittlung beruflicher Kenntnisse und Fertigkeiten muss dabei Priorität haben. Die Hilfestellung soll umfassend und systematisch erbracht werden, und umfasst auch den Anspruch auf Betreuung eigener Kinder.

Im Mittelpunkt der Unterstützung stehen die individuellen Stärken und Schwächen jedes einzelnen Arbeitslosen. Daher sollen Eingliederungsvereinbarungen gleich zu Beginn des Unterstützungsprozesses abgeschlossen werden, die Förderung und Forderungen verbindlich festlegen. Jugendliche mit besonderen Schwierigkeiten und Benachteiligungen brauchen ein differenziertes Fallmanagement, intensive Unterstützung und passgenaue Angebote.

Vor diesem Hintergrund fordert die Bürgerschaft (Landtag) den Senat auf:

1. Der Senat wird gebeten, das Landesprogramm zur Förderung von Ausbildungsverbänden fortzusetzen, sowie die Exam-Ausbildungsbüros in Bremen und Bremerhaven weiterhin zu fördern.
2. Der Senat wird aufgefordert im Rahmen des Bremer Ausbildungspaktes darauf hinzuwirken, dass möglichst alle ausbildungssuchenden Jugendlichen in Bremen und Bremerhaven einen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommen.
3. Der Senat möge darlegen, wie sichergestellt ist, dass bei der Bremer BAGIS und der Bremerhavener Arbeitsgemeinschaft durch genügend qualifiziertes Personal (im Verhältnis 1 : 75) die im Gesetz geforderte intensive Betreuung von Jugendlichen gewährleistet ist.
4. Der Senat wird gebeten darzulegen, wie er die einschlägigen bundesgesetzlichen Regelungen im Land Bremen umsetzt, so dass gewährleistet wird, bis zum Jahresende die Dauer der Arbeitslosigkeit jedes Jugendlichen unter 25 Jahren auf maximal drei Monaten zu beschränken und

5. zügig mit allen arbeits- und ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen Eingliederungsvereinbarungen abgeschlossen werden. Ausnahmen darf es nur geben, wenn dafür keine Notwendigkeit besteht, z. B. weil feste Termine für weitere Schulbesuche anstehen oder eine Ausbildung begonnen werden soll.
6. Der Senat wird gebeten darzulegen, wie im Land Bremen erreicht wird, dass
 - a) Jugendliche zeitnah die erforderlichen aktiven Leistungen zur Integration in den Arbeitsmarkt erhalten,
 - b) die Belange Behinderter und Benachteiligter angemessen berücksichtigt werden,
 - c) eine hohe Qualität der Leistungen, die auch das Nachholen des Hauptschulabschlusses einschließt, gewährleistet und
 - d) die verfügbaren Mittel effizient eingesetzt werden.
7. Der Senat wird gebeten darzulegen, wie er die einschlägigen bundesgesetzlichen Regelungen im Land Bremen umsetzt, um den Rechtsanspruch erwerbsfähiger junger Frauen und Männer auf vorrangige Vergabe von Plätzen zur Tagesbetreuung zu gewährleisten, um Beruf und Familie besser vereinbaren zu können.
8. Der Senat wird aufgefordert sicherzustellen, dass die Zahl der Ausbildungsplätze in Verwaltungen und öffentlichen Gesellschaften auch in Zukunft – möglichst überdurchschnittlich – hoch bleibt.
9. Der Senat wird gebeten, eine Initiative auf den Weg zu bringen, mit der „Ausbildungspaten“ junge Menschen unterstützen. Es ist zu prüfen, ob der damit verbundene Koordinationsbedarf als zusätzliche Aufgabe von den Exam-Ausbildungsbüros übernommen werden kann.
10. Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft (Landtag) unmittelbar nach der Sommerpause einen detaillierten Bericht zur Ausbildungs- und Beschäftigungssituation junger Menschen unter 25 Jahren im Land Bremen vorzulegen. Darin soll insbesondere dargelegt werden, welche Maßnahmen aufgrund der Hartz-IV-Gesetzgebung ergriffen wurden, wie sich diese konkret ausgewirkt haben, und wie gegebenenfalls noch bestehende Defizite zeitnah behoben werden sollen.

Helga Ziegert, Frank Pietrzok,
Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD

Klaus Peters,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU